



Festrede zur Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises

Discours de Monsieur le Ministre des Affaires étrangères et européennes

30-jähriges Jubiläum des Olof-Palme Friedenspreises

Reinbek, 28 février 2017, 19h00

*

Sehr geehrte Mitglieder des Kuratoriums, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Es ist mir eine große Ehre zum Anlass der des 30-jährigen Jubiläums des Olof-Palme Friedenspreises mit Ihnen einige Worte zum Thema „Frieden“ in Europa und in der Welt zu teilen.

Wie mein Vorredner Franz Thönnès es schon erwähnt hat, war der Sozialdemokrat Olof Palme, in dessen intellektuelle Erbschaft sich diese Veranstaltung jedes Jahr stellt, ein überzeugter Internationalist. Er war Schwede, Europäer und Weltbürger zugleich und hat sich den Widersprüchen und Herausforderungen seiner Zeit mit resoluter Offenheit gestellt. Nicht nur das: gegenüber Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Gewalt hat er stets hörbar und unbeugsam Verbesserungen verlangt und gegen gehalten. Olof Palme war ein Militant im besten Sinne des Wortes. Er war Menschenrechtler, Antikolonialist in einer Zeit des revolutionären Wandels in Afrika, sowie Teilen von Asien und Lateinamerika, bündnisfreier Pazifist sowie Friedensvermittler, Abrüstungsadvokat, entschiedener Gegner des nuklearen Wettlaufs, sowie Promotor einer engagierten, politisch-humanen

Entwicklungshilfe zur Reduzierung des Nord-Südgefälles, gekoppelt mit einer graduellen Marktöffnung der Industriestaaten für Waren und Produkte aus den Entwicklungsländer, eine Maxime übrigens, deren Pertinenz auch heute noch weitgehend zutrifft.

Olof Palme hatte Mut. Manchmal war er unangenehm, weil er das sagte was viele nicht hören wollten. Er konnte den Finger auf die Wunde legen und er konnte die Wahrheit so präzise und unumwunden darlegen, dass es schmerzte. Für Olof Palme war der Frieden das höchste Gut, sei es der soziale Frieden oder der Frieden in Europa und der Welt. Und trotzdem war Olof kein friedlicher Mensch. Er war stets im Streit um Verbesserungen. Er setzte seine ganze militante Leidenschaft in den Dienst seiner Mitmenschen – seien sie Schweden, Südafrikaner oder Palästinenser z.B. – und kämpfte unentwegt für eine bessere, gerechtere, menschlichere Gesellschaft.

Ich würde Sie deshalb bitten, meine Ausführungen zu europäischen und internationalen Fragen auch aus der Perspektive eines Olof Palme zu betrachten und unterschwellig die Frage zuzulassen, wie sich der engagierte Sozialdemokrat Palme gegenüber den Problemen des heutigen Europas und gegenüber der globalen Lage wohl positioniert hätte.

„Krisen, Konflikte, Kriege - in solch schockierender Anzahl, dass die Vereinten Nationen nur mehr an deren Lösung, nicht aber an deren Vermeidung arbeiten. Ein verhängnisvoller Fehler“, sagte Antonio Guterres bei seiner Amtsübernahme in diesem Januar in New York. „Die Menschheit zahlt einen zu hohen Preis dafür. Wir brauchen einen neuen Ansatz.“ Krisen, befeuert durch Klimawandel, Rassismus, ethnische Konflikte, Angst. Die Antwort und die Bilanz der UN ist derzeit allenfalls bruchstückhaft. Luxemburg hatte 2013-2014 ein Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Erfahrungen, die ich in dieser Zeit machen konnte, haben mich zu einem überzeugten Verfechter der Reform des Sicherheitsrats gemacht. Vor allem müsste erzwungen werden dass bei offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen, bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das Veto-Recht ausgeschaltet gehört.

Es darf nicht sein, dass wie im Syrien-Konflikt Millionen Menschen auf der Flucht sind und eine halbe Million ihr Leben verlieren während die fünf Großmächte im Rat nicht fähig sind

einen Waffen-Stopp zu gewährleisten um eine Waffenruhe zu erzwingen. IS, Daesh ist ein Produkt dieser unwürdigen Inkonsequenz. Die UN wird ihrer Verantwortung heute nicht gerecht, Olof Palme hätte das nicht anderes gesagt.

Nach den schrecklichen Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fußten die Anfänge des europäischen Einigungsprozesses auf einem Paradigmenwechsel, herbeigebracht von entschlossenen mutigen, visionären Menschen, welche die richtigen Lehren aus den 2 Weltkriegen gezogen hatten. Zusammenreden und zusammenarbeiten - und über die Zeit zusammenwachsen. Von der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) über die EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) bis hin zur EU ist und bleibt das europäische Projekt an seiner Basis, unabhängig von den vielen Zusätzen über mehr als sechs Jahrzehnte, ein Friedensprojekt auf einem Kontinent der Jahrhunderte lang von blutigen Auseinandersetzungen und Kriegen gezeichnet war. Dies Dank des europäischen Einigungsprozess.

Die Zusammenarbeit der europäischen Völker, initiiert in den 1950ern, unterstützt durch den zunehmend freien Handel zwischen Staaten, weckte auch das Interesse des Olof Palme. Mehr als einmal rief er auf zu einem besseren Verständnis zwischen EWG und EFTA (Europäische Freihandelsassoziation), mit dem Argument, dass keine Handelsmauern zwischen beiden bestehen sollten. Eine der Grundfesten des europäischen Prozesses ist das konstruktive und solidarische Zusammensein von Menschen und das gemeinsam stets zu fördernde Verständnis der Kooperation für eine bessere Zukunft, eine gerechtere Gesellschaftsordnung in den Mitgliedsstaaten, sowie eine stabile Weltordnung. Die EU hat bisher dazu beigetragen und ich zweifle keinen Moment daran, dass sie auch in der Zukunft ihren Beitrag leisten kann wenn sie sich selbst bleibt.

Es mag banal klingen: In den Mitgliedstaaten die zur Europäischen Union gehören herrscht Frieden seit 70 Jahren. Unsere Vorfahren aus früheren Jahrhunderten hätten sich darüber sehr gewundert, ja sie hätten es gar für unmöglich gehalten! Für viele in der Europäischen Union lebenden Menschen ist Frieden eine Selbstverständlichkeit. Da kann es leicht passieren, dass man vergisst, wie kostbar dieses Gut eigentlich ist. Unsere moderne Gesellschaft benötigt heute viele Rohstoffe, und zu den elementarsten Rohstoffen gehört

der Frieden. Wir können uns nicht mehr vorstellen, wie es wohl sein mag, wenn dieser Rohstoff eines Tages zu Neige gehen würde. Als Europäer und Bürger in einer globalisierten Welt schulden wir es uns selbst sowie unseren Nachkommen, niemals aufzuhören die Essenz des Friedens zu erkennen und zu festigen. Frieden ist nicht Sache von Verträgen, es ist Sache der Einstellung zum Rechtsstaat, wie auch zur sozialen Dimension in einer gerechten Gesellschaft.

Die Europäische Union ist heute bedroht, ebenso wie der Zusammenhalt und die Kohäsion in der Gesellschaft. Die nach wie vor sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit – in einigen Mitgliedstaaten des Südens spricht man von verlorenen Generationen – , Abstiegsängste in vielen Teilen der Gesellschaft, die noch nicht ganz überwundene Wirtschafts- und Finanzkrise, die strukturellen Folgen der fortschreitenden Globalisierung, die anhaltende Migrationsproblematik, sowie ein starker Vertrauensverlust in demokratische Institutionen gehen mit einem Erstarren der nationalistischen und autoritären Kräfte einher. In der Tat, populistische Parteien sehen im Rückzug in nationale Lager eine schnelle und einfache Lösung aller Schwierigkeiten mit denen wir heute zu kämpfen haben. Aus diesen Spannungen ergibt sich gezwungenermaßen eine zunehmende Polarisierung der politischen Landschaft. Wenn wir Europäer uns zurückziehen und uns verschanzen, uns abschotten entziehen wir unserem Friedenprojekt den Sauerstoff zum Überleben.

In seiner Rede zum 1. Mai 1965 in Bremen, auf Einladung der SPD, zitierte Olof Palme aus dem gemeinsamen Programm des schwedischen Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei: „Wenn der Wind der Veränderung in unserem Wirtschaftsleben Not, Unsicherheit und Traurigkeit mit sich führt, werden wir ihn fürchten. Wir müssen ein Klima schaffen, in dem Veränderung eine Ankündigung von Verbesserung ist.“ Nach einem Jahrzehnt anhaltender Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise klingt diese Behauptung ominös in ihrem ersten Teil - und bestätigt in ihrer Schlussfolgerung die dringliche Herausforderung die sich uns allen in unseren Gemeinden, Regionen, Ländern und in Europa stellt.

Am 25. März dieses Jahres feiern wir den sechzigsten Jahrestag der Römischen Verträge in Rom. Die Kommission wird morgen ein Weißbuch präsentieren. Alle guten Ansätze der

Kommission werden allerdings nur Früchte tragen wenn zwei Bedingungen erfüllt werden von allen Mitgliedstaaten. A) Eine positive Einstellung zur politischen Solidarität muss vorhanden sein. Lasten sind auf allen Schultern zu tragen. Der Reflex zum Gemeinschaftlichen darf nicht abhandenkommen. B) In jedem Mitgliedsland gilt es den Rechtsstaat hoch zu halten. Hundertprozentige Rechtsstaatlichkeit ist und kann keine Option sein.

Es ist äußerst bedauerlich, dass die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten nicht mehr ernst genommen werden und dass wir das fast gleichgültig hinnehmen. Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union erinnert uns daran, dass Rechtsstaatlichkeit zu den Werten gehört, auf denen die Union aufgebaut wurde und mit denen sie sich weiterentwickelt hat. Es ist eine traurige Tatsache, wenn man feststellen muss, dass es heute Mitglieder in der Europäischen Union gibt die die Grundbedingungen und Kriterien von Kopenhagen aus dem Jahr 1993 nicht mehr vollständig erfüllen. Das heißt, dass in einigen Ländern die Grundrechte wie die Freiheit der Presse oder die Unabhängigkeit der Justiz heute weniger respektiert werden als vor 25 Jahren. Das ist eine erschreckende Feststellung! Die Reaktion darauf darf nicht von Gleichgültigkeit geprägt sein.

Die Werte, auf die sich die Union beruft, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet. Diese Werte stehen nicht zur Diskussion. Diese Werte sind nicht verhandelbar. Sie sind auch das A und O sozialdemokratischer Politik. Und deshalb haben wir die Pflicht uns für diese Werte einzusetzen, sie zu verteidigen mit Händen und Füßen, mit Klauen und Zähnen.

Die Sozialdemokratie, als humanes und gesellschaftliches, homozentrisches Modell von Fortschritt und Solidarität, ist heute mindestens so relevant wie sie zu Olof Palmes Zeit war: wir sind die Erben des Elans der 60er und 70er Jahre, in denen sozialdemokratische Politiker à la Palme, Brandt, Kreisky neue Maßstäbe setzten, national wie auch

international. Sozialdemokratie, damals wie heute, ist die Politik der Gerechtigkeit, der Gleichheit, des sozialen Engagements und der Solidarität.

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen – denn das Risiko ist beachtlich – dass ein Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa nicht nur eine fortschreitende Polarisierung der Gesellschaft mit sich bringen wird, sondern ebenfalls die Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit erschüttern wird. Was wir bereits jetzt in einigen Mitgliedstaaten sehen, könnte sehr leicht auf weitere Länder überschwappen. Rechtspopulistische Parteien nutzen die Unzufriedenheit, ja gar die Ängste vieler Menschen aus, um daraus politisches Eigenkapital zu schlagen. Romantisch-nostalgische Narrative einer besseren Vergangenheit, gekoppelt mit simplen und reduzierenden Versprechungen und schnellen Lösungen grassieren. Der Nährboden ist die Unsicherheit, der Katalysator sind die diffusen Zukunftsängste gegenüber einer globalisierten Welt im schnellen Wandel.

Es stimmt, dass die Menschen viele Sorgen und Ängste haben - dabei handelt es sich um Spätfolgen der verheerenden Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihrem Tross von Instabilität und Unsicherheit. Ich denke dabei an die fast unüberwindlich scheinenden Schuldenkrisen einiger Eurostaaten. Wir haben es heutzutage mit einer nie da gewesenen Ballung der Probleme zu tun. Die EU hat immer wieder einzelne Krisen erlebt, etwa den Streit ums Geld mit der damaligen britischen Regierungschefin Thatcher in den Achtzigerjahren oder das Scheitern der EU-Verfassung 2005. Diese Krisen sind allerdings nicht mit dem vergleichbar, was jetzt alles zusammenkommt: Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht überwunden. Die Europäer werden durch Terrorismus verunsichert. Nationalismus, Populismus und Rechtsextremismus sind auf dem Vormarsch. Und dann droht auch noch eine Schwächung der Union durch den Brexit.

Hunderttausende von Menschen sind auf dem Weg nach Europa, um sich vor Krieg und Verfolgung und Armut in Sicherheit zu bringen oder weil sie einfach nur ein menschenwürdiges Leben suchen. Um die Rechte dieser Menschen an den Grenzen und Küsten der EU zu garantieren und um sicherzustellen, dass die Genfer Konvention für uns Europäer heute keine leere Hülse sein kann ist eine EU-Migrationspolitik von entscheidener Bedeutung. Wir brauchen deshalb in der EU mehr Entschlossenheit und

mehr Solidarität. Solidarität ist die „conditio sine qua non“, die absolute Voraussetzung für eine erfolgreiche Migrationspolitik: Solidarität innerhalb der EU und Solidarität gegenüber den Ländern die von Krieg und Unheil betroffen sind. Olof Palme hätte es nicht zugelassen, dass Solidarität flexibel angewendet wird. Es ist nicht akzeptabel, dass es Mitgliedstaaten gibt die Solidarität beanspruchen und einfordern, wenn der Vertrag ihnen diese Leistung zuschreibt und dass die gleichen Mitgliedstaaten keine Solidarität mittragen wollen, wenn andere Mitgliedstaaten Hilfe brauchen.

Nicht nur für Sozialdemokraten ist es unsere Aufgabe, die soziale Dimension der Europäischen Union konsequent auszubauen, das gilt auch im Hinblick auf die Wirtschafts- und Währungsunion, die bis dato unvollendet bleibt. Nur wenn es uns gelingt, die Währungsunion zu vollenden und die soziale Dimension unmissverständlich im System der Europäischen Union zu verankern, können wir auch hoffen die unterschiedlichen Formen demagogischer Politik aus der politischen Gegenwart zu verbannen. Mehr denn je müssen wir uns für ein Europa einsetzen, das im Geiste von Olof Palmes Auffassung, von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit geprägt ist. In der EU darf es keine verlorenen Generationen mehr geben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie soll es Frieden geben in der Welt, wenn es keine friedfertigen Menschen gibt? fragte Astrid Lindgren bei ihrer Festrede, gehalten in der Frankfurter Paulskirche, anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahr 1978. Und wie soll es heutzutage friedfertige Menschen geben in einer Welt die geprägt ist von Krieg, Gewalt und Hass, möchte ich weiterfragen. Es gibt kaum eine Nachrichtensendung, es gibt kaum Fernsehbilder, kaum Berichte im Netz und in den sozialen Medien in denen nicht gewalttätige Szenen aus der ganzen Welt gezeigt werden. Wir werden regelrecht von Bildern überschwemmt, die wir in der Mittagspause oder nach dem Abendessen in uns aufsaugen und die viele von uns, über all die Jahre hinweg, abgestumpft haben. Es ist die Gewöhnung an die gewalttätige Normalität der Gesellschaft, die uns unempfindlich macht. Wir haben uns eine dicke Haut zugelegt, wir lassen die Gewalt abprallen, wir fühlen uns machtlos und nicht verantwortlich.

Aber wir dürfen uns nicht selbst aufgeben. Wir tragen Verantwortung, jeder für sich, zusammen in der Gemeinschaft, in unseren Dörfern und Städten. Zu Hause, hier bei uns, muss der Friede beginnen. Der Friede muss gestiftet werden. Das geschieht nicht von selbst, dafür müssen wir uns einbringen.

Sollte das Friedenprojekt Europäischen Union das nebenbei gesagt 50 Prozent der Entwicklungshilfe weltweit aufbringt dahindarben, seine Kraft und Inspiration verlieren, hätten die heute lebenden Generationen einen kapitalen Fehler zu verantworten gegenüber denen die heute geboren werden und ins 22te Jahrhundert hineinleben. Es würde hingenommen werden dass das bestintegrierte Friedens Projekt ruiniert würde, alternativlos aufgegeben würde. Der Euro, Schengen, Erasmus zum Beispiel, aber auch Klimawandelresultate wie die hoch angesiedelten Standards der EU-Werte, kurz das Wohlergehen der Volker Europas wären unwiderruflich zerstört.

Heute vor 31 Jahren, am 28 Februar 2016, wurde Olof Palme Opfer eines hinterhältigen und feigen Mords. Sein politisch-moralischer Kompass ist nach wie vor intakt. Sein Denken sowie sein Schaffen haben interessanterweise den Bezug auf die Situationen und Probleme der heutigen Zeit in manchen Bereichen nicht verloren, ganz im Gegenteil.

Seit 30 Jahren nun wird der Olof-Palme-Friedenspreis hier verliehen, an ehrenamtliche Gruppen, an Verbände, an Vereine oder auch an Einzelpersonen, die sich in besonderer Weise für Frieden und Demokratie einsetzen, an Menschen aus Stormarn, die den Missständen im Inneren wie im Äußeren ihr aktives Engagement entgegensetzen. Der Preis ist eine Anerkennung, eine Ehrung für den selbstlosen und entschlossenen Einsatz, der sonst kaum öffentliche Erwähnung finden würde und ich denke, dass Olof Palme genau diese Auswahlkriterien, sehr geschätzt hätte. Für ihn war die Arbeit an der Basis, die Arbeit im Alltag wichtiger, das Engagement von Bürgern und Bürgerinnen wichtiger als sein Wirken an der Spitze der schwedischen Sozialdemokraten. Olof Palme war ein Realist und ein bekannter Satz von ihm lautet wie folgt: *Die Wirklichkeit ist unser großer Widersacher*. Und er hatte recht mit diesen Worten, denn es ist nicht allzu schwer eine Rede zu halten oder erstrebenswerte Ziele zu definieren. Wir alle wollen Frieden auf dieser Welt, wir alle wollen mehr Demokratie, mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr Gerechtigkeit, mehr Menschenrechte. Die schwierige Herausforderung besteht darin, dass man diese Ziele in

der Welt von heute auch verwirklichen muss. Das muss auf allen Ebene geschehen von der Partiebasis bis in die Spitze hinein. Wir Sozialdemokraten tragen hier eine besondere Verantwortung – und Olof Palme war einer von uns, der uns den richtigen Weg gezeigt hat.

Wir sind nicht machtlos. Solidarität kann uns ein reiches und sinnvolles Leben geben, das ist das Zitat von Targe Erlander, ehemaliger Ministerpräsident von Schweden und Vorbild Olof Palmes, das heute im Mittelpunkt der Veranstaltung steht. Und nie war diese Feststellung so wichtig wie heute – und nie war Solidarität wichtiger wie heute. Solidarität unter uns, Solidarität in unserer Gemeinschaft, Solidarität in der Europäischen Union und darüber hinaus.

Ich danke Ihnen.

*

*

*